

## **WAHLPRÜFSTEINE ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017**

Die Deutsche AIDS-Hilfe ist der Dachverband von 120 Organisationen und Einrichtungen in Deutschland. Wir betreiben mit staatlicher Förderung HIV-/STI\*- und Hepatitis-Prävention für die am stärksten von HIV betroffenen Gruppen und setzen uns für die Interessen von Menschen mit HIV ein. Zur Präventionsarbeit gehört dabei auch, gesellschaftlicher und politischer Benachteiligung entgegenzuwirken, um Gesundheitschancen zu verbessern („Strukturelle Prävention“).

### **Finanzierung der HIV/STI-Prävention**

*Im Bundeshaushalt sind zurzeit 11,9 Millionen für die HIV-/STI-/Hepatitis-Prävention in Deutschland eingestellt, davon 5 Millionen für die Arbeit der Deutschen AIDS-Hilfe. Werden Sie diese Mittel in den kommenden Jahren in der bisherigen Höhe erhalten oder erhöhen?*

### **Strategien gegen HIV/STI**

*In ihrer Strategie BIS2030 beschreibt die Bundesregierung, wie sie HIV, Hepatitis sowie weitere sexuell übertragbare Infektionen nachhaltig „eindämmen“ möchte. Diskriminierung und Tabuisierung von Sexualität will sie entgegenwirken. Wie wollen Sie die BIS-2030-Strategie mit Leben füllen?*

### **Diskriminierung**

*Wird die Antidiskriminierungsarbeit, wie sie zum Beispiel im Rahmen der Welt-Aids-Tags-Kampagne #positivzusammenleben stattfindet, fortgesetzt? Wie werden Sie sich darüber hinaus gegen Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen mit HIV und den besonders stark bedrohten Gruppen einsetzen (z.B. in der Arbeitswelt und im Gesundheitswesen)?*

*Neue rechte Organisationen und Strömungen wie die AfD und die „Demo für alle“ attackieren in Deutschland immer heftiger die Emanzipation von LSBTI\*. Was werden Sie dem entgegensetzen?*

### **Prä-Expositionsprophylaxe (PrEP)**

*Die Prä-Expositionsprophylaxe (PrEP) verhindert HIV-Infektionen. Für manche Menschen ist das Medikament Truvada der einzige gangbare Weg, sich vor einer HIV-Infektion zu schützen – bleibt jedoch unerschwinglich. Werden Sie sich für die Finanzierung durch die GKV einsetzen oder auf anderen Wegen Zugang schaffen?*

### **Versorgung von Menschen ohne Papiere**

*Menschen ohne Aufenthaltsstatus begeben sich aus berechtigter Angst vor Abschiebung oft nicht in ärztliche Behandlung. Es ist bereits zu Todesfällen durch unbehandelte HIV-Infektionen gekommen. Werden Sie eine Lösung zur anonymen Versorgung von Menschen ohne Aufenthaltspapiere schaffen (z.B. anonyme Gesundheitskarte)?*

*Werden Sie dafür eintreten, dass Menschen mit HIV nicht in Länder abgeschoben werden, in denen ihre medizinische Versorgung nicht gewährleistet ist?*

### **Versorgung Inhaftierter**

*Die medizinische Versorgung von Menschen mit HIV oder Hepatitis in Haft ist oft unzureichend. Es gibt keine freie Arztwahl und Kostendruck. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass inhaftierte Menschen Mitglied der Gesetzlichen Krankenkassen werden?*

### **Drogenpolitik**

*Werden Sie sich für eine Drogenpolitik einsetzen, die den Konsum nicht bestraft, sondern Konsumierenden mehr und bessere Hilfestellungen anbietet, um ihre gesundheitlichen Risiken zu reduzieren (z.B. mehr Diamorphinsubstitution, Drogenkonsumräume in allen Bundesländern, Spritzenvergabe in Haft)?*

*Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Funktion der Bundesdrogenbeauftragten nicht geeignet ist, wissenschaftliche Erkenntnisse in die Drogenpolitik der Bundesregierung einfließen zu lassen. Wie wollen Sie dies in Zukunft sicherstellen?*

## **Bluter-Entschädigung**

*Bei der Entschädigung der durch Blutprodukte mit HIV infizierten Menschen fehlt ein Inflationsausgleich für die vergangenen Jahrzehnte und eine angemessene Beteiligung der am Blutskandal beteiligten Pharmafirmen. Werden Sie darauf hinwirken? Werden Sie sich für eine Entschädigung auch der Menschen einsetzen, die mit HCV infiziert wurden?*

## **Sexarbeit**

*Das ProstSchG schützt Prostituierte nicht, sondern erschwert u.a. die HIV/STI-Prävention, weil es auf Repression setzt statt auf Unterstützung. Werden Sie kontraproduktive Regelungen wie die Registrierung und Zwangsberatung zurücknehmen?*

## **Internationales**

*In vielen Ländern verhindern gravierende Menschenrechtsverletzungen auch wirksame HIV-Prävention, so etwa mit Blick auf LSBTI\* in Russland oder Drogen konsumierende Menschen auf den Philippinen. Wie werden Sie sich gegenüber solchen Ländern für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen?*

*Laut UN-Richtwert sollen Länder 0,7% des Bruttonationaleinkommens für die globale Entwicklungsfinanzierung zur Verfügung stellen. Die Mittel werden benötigt, um nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 und einen universellen Zugang zu HIV-Prävention, Behandlung und Betreuung zu realisieren. Werden Sie dafür eintreten, dass diese Quote nachhaltig erfüllt wird und die Gesundheitsfinanzierung ein wesentlicher Bestandteil ist?*

*Das UN-Panel on Affordable Medicines fordert die Entkoppelung der Forschungskosten von den Produktpreisen und die Erhöhung staatlicher Investitionen in die Entwicklung neuer Gesundheitstechnologien. Darüber hinaus regt es weitreichende Maßnahmen an, um eine möglichst wirkungsvolle Forschung und moderate Preise zu ermöglichen. Wie beurteilt ihre Partei diese Forderungen?*

*Deutschland hat seinen Beitrag zum Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) 2016 nur leicht erhöht – trotz eines*

*Haushaltsüberschusses von 18,5 Milliarden im ersten Halbjahr. Welche Zahlungen wären aus Ihrer Sicht in der nächsten Finanzierungsrunde ab 2019 angemessen?*

*Welchen Stellenwert hat für Sie die Förderungen von staatenübergreifenden Organisationen WHO, UNAIDS und des GFATM?*

\* STI = Sexuell übertragbare Infektionen (sexual transmitted infections)

LSBTI\* = Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans\*, Inter\* und andere Menschen, die anders sind oder leben, als die vorherrschende Geschlechter-Norm es fordert